

**CONV 270/02**

**WG IV 11**

**VERMERK**

---

des	Sekretariats
für	die Gruppe IV "Einzelstaatliche Parlamente"
<u>Betr.:</u>	Zusammenfassung der Ergebnisse der Sitzung vom 11. September 2002

---

1. Die Gruppe nahm die Informationen der Mitglieder aus Finnland, Schweden, Dänemark und Frankreich über den Aufbau der einzelstaatlichen Kontrollmechanismen und über die seit ihrer Einführung gemachten Erfahrungen zur Kenntnis. Nach diesen Ausführungen hatte die Gruppe einen Gedankenaustausch über die Erfordernisse wirksamer parlamentarischer Kontrollmechanismen für europäische Angelegenheiten auf nationaler Ebene und begann zu erörtern, welche Maßnahmen auf europäischer Ebene möglich sind, um Verbesserungen der nationalen Mechanismen anzuregen (die Beratungen über den letzten Punkt sollen in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden).

**Derzeitige einzelstaatliche Kontrollmechanismen - Vorstellung der Systeme Finnlands, Schwedens, Dänemarks und Frankreichs:**

2. Finnland (siehe WD 20): Ähnlich wie DK und S. Der Kontrollmechanismus für europäische Angelegenheiten wird als ein Mittel betrachtet, das den Verlust legislativer Befugnisse des Parlaments infolge des Beitritts ausgleichen soll. Die Regierung ist laut Verfassung verpflichtet, das Parlament unverzüglich über alle Angelegenheiten, die früher unter die Zuständigkeit des Parlaments fielen, die so genannten "U-Angelegenheiten", zu unterrichten. Darunter fallen EU-Angelegenheiten (sämtliche drei Säulen) im weitesten Sinne. Die Regierung ist

außerdem laut Verfassung verpflichtet, das Parlament auf dessen Aufforderung hin über jegliche EU-Angelegenheit zu informieren ("E-Angelegenheiten" - dazu zählen Konsultationsdokumente, Mitteilungen und Vorschläge für Rechtsakte, die nicht laut Verfassung unter die Zuständigkeit des Parlaments fallen). In Bezug auf "U-Angelegenheiten" erteilt das Parlament der Regierung ein Mandat; diese erstattet nach der Ratstagung Bericht und ist außerdem verpflichtet, das Parlament über Änderungen, die im Laufe des Beschlussfassungsverfahrens vorgeschlagen werden, auf dem Laufenden zu halten. Der Standpunkt des Parlaments wird im Großen Ausschuss (Ausschuss für EU-Angelegenheiten) oder im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ausgearbeitet, das gesamte Parlament ist jedoch am Kontrollmechanismus beteiligt, da auch Fachausschüsse die Vorschläge prüfen und dem Großen Ausschuss eine schriftliche Stellungnahme vorlegen. Um eine frühzeitige Information zu gewährleisten, hat das Parlament einen Vertreter nach Brüssel entsandt, der im Gebäude des EP arbeitet. Mitglieder des EP können nicht an Ausschusssitzungen des nationalen Parlaments teilnehmen, es werden jedoch jährlich mehrere gemeinsame Sitzungen abgehalten. Kontakte zwischen den nationalen Abgeordneten und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments finden indessen häufig im Rahmen der Parteien statt. Wichtige Aspekte (Erfahrungen), die hervorgehoben wurden: Im Rat handelt die finnische Regierung im Einklang mit dem nationalen Standpunkt, nicht gemäß einem Standpunkt der Regierung. Das vom Parlament erteilte Mandat ist zwar nicht rechtlich, aber moralisch und politisch bindend, und die Regierung arbeitet auf der Grundlage des Vertrauens des Parlaments. Es gab kein Misstrauensvotum, und das Mandat des Parlaments wird als Rückhalt betrachtet, der die Regierung im Rat stärkt. Die Regierung verfügt über Spielraum für die Aushandlung von Kompromissen, wenn dies erforderlich ist, muss jedoch dem Parlament eine Begründung vorlegen.

3. Schweden (siehe WD 5 und 18): Ähnlich wie DK und FIN. Die Regierung ist laut Verfassung verpflichtet, das Parlament zu informieren und sich mit ihm zu beraten. Der Ausschuss für EU-Angelegenheiten tritt wöchentlich zusammen und erteilt der Regierung vor Ratstagungen ein Mandat. Das Mandat wird als verbindlich betrachtet. Die Kontrolle erfasst alle drei Säulen. Die Fachausschüsse/ständigen Ausschüsse sind verpflichtet, die EU-Aktivitäten in ihrem Bereich zu beobachten, und haben ein weit reichendes Recht auf Unterrichtung durch die Regierung. Sitzungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, es werden jedoch ausführliche Berichte veröffentlicht (kleinere Teile können geheim gehalten werden). Die Mitglieder des EP erhalten Kopien der Dokumente und können zu Sitzungen des Ausschusses für EU-Angelegenheiten oder von Fachausschüssen eingeladen werden, können sich jedoch

nicht an den Beratungen mit der Regierung beteiligen. Jedes Jahr wird eine spezielle gemeinsame Sitzung abgehalten, die meisten Kontakte finden jedoch innerhalb der Parteien statt. Der Verfassungsausschuss berichtet unter anderem jährlich über die Arbeit zu EU-Angelegenheiten und hat in einem Fall eine Warnung an einen Minister gerichtet. Es hat kein Misstrauensvotum gegeben. Wichtige Aspekte (Erfahrungen), die hervorgehoben wurden: Die Unterstützung durch das Parlament stärkt die Regierung, die im Rat mit größerem Selbstbewusstsein verhandeln kann. Durch die Einbindung des Parlaments von Anfang an wird die Verabschiedung der erforderlichen Durchführungsbestimmungen auf nationaler Ebene erleichtert. Zwar muss sich jedes Parlament für den Kontrollmechanismus entscheiden, den es für den zweckmäßigsten hält, doch ist ein Austausch über die bewährtesten Praktiken zum Beispiel im COSAC-Rahmen nützlich.

4. Dänemark (Arbeitsdokument wird noch verteilt): Der Ausschuss für europäische Angelegenheiten ist nicht in der Verfassung verankert, sondern stützt sich auf die Akte über den Beitritt Dänemarks zur EU. Es wurde kein Gesetz verabschiedet, das die Verfahren des Ausschusses regelt, allerdings wurden die Arbeitsmethoden und die Zuständigkeiten des Ausschusses in Berichten festgehalten, auf die sich der Ausschuss und die Regierung einigten. Die Minister müssen vor jeder Ratstagung vom Ausschuss für europäische Angelegenheiten ein Mandat erhalten (der Vorsitzende stellt fest, dass sich keine Mehrheit gegen das von der Regierung vorgeschlagene Mandat ausspricht) und außerdem anschließend Bericht erstatten. Ferner können NRO dem Ausschuss schriftlich ihren Standpunkt unterbreiten. Hinsichtlich der Kontakte zwischen den nationalen Abgeordneten und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments stellt sich die Lage ähnlich dar wie in Finnland und Schweden: jährlich werden ein oder zwei gemeinsame Sitzungen abgehalten, der Großteil der Koordinierung findet jedoch innerhalb der Parteien statt. Wichtige Aspekte (Erfahrungen), die hervorgehoben wurden: Die Einbeziehung von Fachausschüssen/Bereichsausschüssen in den Kontrollprozess ist nicht zwingend vorgeschrieben; diese Ausschüsse werden jedoch zunehmend eingebunden und treffen häufig mit dem jeweiligen Minister zusammen, bevor dieser vor den Ausschuss für europäische Angelegenheiten tritt. Was die Information anbelangt, so ist es Aufgabe des Ministers zu entscheiden, welche Dokumente dem Parlament übermittelt werden sollen; in der Praxis bedeutet dies, dass dem Parlament alles vorgelegt wird. Das Parlament will prüfen, wie der Informationsfluss in qualitativer Hinsicht verbessert werden kann.

5. Frankreich (Arbeitsdokument wird noch verteilt): Der Kontrollmechanismus in Frankreich wurde vor zehn Jahren nach einer Änderung der Verfassung (auf die 1998 eine weitere Verfassungsänderung folgte, mit der Angelegenheiten der zweiten und der dritten Säule einbezogen wurden) eingerichtet. Sämtliche Vorschläge für EU-Rechtsakte werden dem Parlament übermittelt. Ein Teil davon, nämlich Rechtsakte, die den französischen Rechtsbereich berühren, wie es vom Staatsrat (Conseil d'Etat) bestimmt wurde, wird dem Parlament auf förmlichere Weise unterbreitet. Diese werden von den EU-Delegationen der Nationalversammlung und des Senats einer systematischen Kontrolle unterzogen, und ausschließlich zu diesen Texten können Entschlüsse verabschiedet werden. Das Parlament kann auch die förmliche Vorlage anderer Texte verlangen. Im Senat (das System in der Nationalversammlung weist Parallelen auf) findet die Konsultation über Texte von geringerer Bedeutung im Rahmen eines schriftlichen Verfahrens statt, während zu anderen ein Bericht erstellt wird und bei Bedarf eine Entschlüsselung verabschiedet wird. Das Parlament unterrichtet die Regierung binnen eines Monats ab Vorlage eines EU-Textes darüber, ob es beabsichtigt, zu einem Text Stellung zu nehmen. Die Minister können jedoch eine dringende Stellungnahme des Parlaments beantragen; solche Anträge werden oft in Bereichen gestellt, die nicht unter die sechswöchige Frist fallen, die im Protokoll des Amsterdamer Vertrags über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente festgeschrieben ist. Gelegentlich werden Anhörungen mit Mitgliedern des EP abgehalten, die meisten Kontakte finden jedoch im Rahmen der Parteien statt. Es gibt keine planmäßigen/jährlichen gemeinsamen Sitzungen. Wichtige Aspekte (Erfahrungen), die hervorgehoben wurden: Das System der Vorauswahl der Texte, die eine eingehende Prüfung erfordern, hat den Vorteil, dass sich das Parlament auf die wichtigsten Texte konzentrieren kann. Die wichtigsten Texte werden außerdem in den ständigen Ausschüssen behandelt. Schwierigkeiten bereitet der zeitliche Rahmen: Anträge auf dringende Prüfung werden häufig gestellt, basieren jedoch nicht immer auf einer objektiven Dringlichkeit. Auch wenn sich außerdem die Regierung verpflichtet, im Rat keinen endgültigen Standpunkt einzunehmen, bevor die Prüfung durch das Parlament erfolgt ist, werden in Wirklichkeit die Texte häufig schon innerhalb der Frist von sechs Wochen in Sitzungen von Ratsgruppen behandelt, wodurch es schwierig wird, auf die Texte zurückzukommen.
6. Es sollte ferner vermerkt werden, dass in WD 19 die Kontrolle des EU-Beschlussfassungsverfahrens durch das italienische Parlament beschrieben wird.

## **Auf nationaler Ebene vorzusehende Anforderungen oder Vorkehrungen für einen wirksamen einzelstaatlichen Kontrollmechanismus:**

7. Bei den anschließenden Beratungen war sich die Gruppe darin einig, dass die einzelstaatlichen Parlamente ihren Einfluss in der Europäischen Union vorrangig durch die Kontrolle ihrer jeweiligen Regierung ausüben. Desweiteren wurde vorgetragen, dass eine starke nationale Kontrolle die Position der Regierung im Rat stärkt. Die Gruppe war sich darin einig, dass jeder Mitgliedstaat darüber entscheiden muss, wie er die Kontrolle europäischer Angelegenheiten im Einklang mit den nationalen Verfassungsvorschriften und parlamentarischen Praktiken selbst gestaltet. Der Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken wurde jedoch von mehreren Mitgliedern der Gruppe als sehr wichtig betrachtet.
8. Mehrere Mitglieder hoben hervor, wie wichtig es ist, auch die Fachausschüsse/ständigen Ausschüsse des Parlaments durch schriftliche Berichte/Stellungnahmen, die an den Ausschuss für EU-Angelegenheiten übermittelt werden, oder sogar gegebenenfalls durch gemeinsame Anhörungen oder Sitzungen in den Kontrollprozess einzubeziehen (in diesem Zusammenhang wurden die Berichte nach den Tagungen des Europäischen Rates genannt).
9. Manche Mitglieder betonten, dass die zeitliche Planung und der Inhalt (erfasste Bereiche) des Informationsflusses zu den einzelstaatlichen Parlamenten im Kontrollprozess ein entscheidender Faktor sind. Es geht nicht nur darum, die Informationen frühzeitig zu erhalten, sondern auch die wichtigsten Informationen zu ermitteln.
10. Mehrere Mitglieder der Gruppe hoben hervor, dass es nützlich ist, zur Erleichterung des Kontrollmechanismus im einzelstaatlichen Parlament über einen Vertreter in Brüssel vor Ort zu verfügen, da dies dazu beitragen kann, wichtige Vorschläge und Informationen zu einem frühen Zeitpunkt zu ermitteln. Außerdem wurde vorgetragen, wie wichtig es ist, dass eine ausreichende Zahl von eigenen fachlichen Mitarbeitern den Ausschuss für europäische Angelegenheiten (oder einen entsprechenden Ausschuss) auf nationaler Ebene unterstützt.
11. In einigen Ländern finden jährlich ein oder zwei Sitzungen des Ausschusses für EU-Angelegenheiten mit den Mitgliedern des EP statt. Verschiedene Mitglieder der Gruppe teilten jedoch mit, dass in ihrem jeweiligen Land die Kontakte zwischen den nationalen Abgeordneten und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments auf nationaler Ebene am effizientesten im Rahmen der Parteien stattfinden.

## **Mögliche Maßnahmen auf europäischer Ebene, durch die Verbesserungen der einzelstaatlichen Kontrollmechanismen gefördert werden sollen:**

12. Einige Mitglieder wiesen auf die Schwierigkeiten hin, die im Zusammenhang mit dem Antrag der Regierung auf eine dringende parlamentarische Prüfung insbesondere in Bereichen auftraten, für die die sechswöchige Frist nach dem Protokoll über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente nicht gilt, und schlugen vor, den Geltungsbereich der sechswöchigen Frist auszuweiten. Manche Mitglieder der Gruppe schlugen außerdem vor, dass die Ratsgruppen mit der Prüfung der Texte frühestens vier Wochen nach deren Übermittlung beginnen sollten.
13. Die Gruppe wird in ihrer Sitzung am 19. September vormittags weiter über mögliche Maßnahmen auf europäischer Ebene beraten, durch die ein gut funktionierender einzelstaatlicher Kontrollmechanismus gefördert werden soll.

## **Sonstiges**

14. Die Vorsitzende berichtete, dass der Vorsitzende der Gruppe I "Subsidiaritätsprinzip" Herr Mendez de Vigo am 12. September dem Konvent mündlich über den Stand der Arbeiten Bericht erstatten wird. Die Vorsitzende hatte Herrn Mendez de Vigo am 10. September getroffen und konnte berichten, dass (wie auch bei der gemeinsamen Sitzung der beiden Gruppen vom 22. Juli festgestellt worden war) ein hohes Maß an Kohärenz zwischen den Vorschlägen der Gruppe I und den Beratungsergebnissen der Gruppe IV über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente im Zusammenhang mit der Kontrolle der Subsidiarität besteht.

## **Nächste Sitzung:**

15. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, den 19. September von 11.00 bis 18.30 Uhr statt (Tagesordnung wurde in CONV 265/02 verteilt). In der Sitzung am Vormittag werden die Beratungen über mögliche Maßnahmen auf europäischer Ebene, durch die Verbesserungen der einzelstaatlichen Kontrollmechanismen gefördert werden sollen, fortgesetzt. In dieser Sitzung wird Kommissionsmitglied Michel Barnier über die Umsetzung des Protokolls des Amsterdamer Vertrags über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente aus der Sicht der Kommission sprechen. In der Sitzung am Nachmittag werden multilaterale/interinstitutionelle Verfahren für die Einbindung der einzelstaatlichen Parlamente (unter anderem auch Rolle, Funktionsweise und Zukunft der COSAC und Rolle und Funktionsweise eines Kongresses) erörtert.